

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrusstr. 109
Telephon 136-90 — Postfach-Nr. 63-508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielsk, Republikanska 4

Volksstimme
Bielsk-Biala u. Umgebung

Das Ergebnis von Moskau.

Das amtliche Kommuniqué über die Besprechungen Laval's in Moskau.

Moskau, 15. Mai. Die Tafz veröffentlicht den amtlichen Bericht über die Moskauer Verhandlungen mit Laval, der folgendes besagt: Während der Unterredungen, die am 13., 14. und 15. Mai in Moskau stattfanden, hätten sowohl Stalin, Molotow und Litwinow sowie Laval ihrer Genugtuung über den am 2. Mai 1935 in Paris unterzeichneten Vertrag Ausdruck gegeben, der die Verpflichtung der gegenseitigen Hilfe zwischen der Sowjetunion und Frankreich feststellt und die nötige Erläuterung gegeben hat. Die Vertreter der Sowjetunion und Frankreichs hätten die Möglichkeit gehabt, das freundschaftliche Vertrauen festzustellen, das zwischen ihren Ländern durch den Vertrag geschaffen worden sei, der seinen wohlthuenden Einfluß auf die Behandlung aller Fragen ausgeübt habe, und zwar sowohl der der sowjet-russisch-französischen Beziehungen als auch der Frage der allgemeuropäischen Ordnung, die im Rahmen der Zusammenarbeit der beiden Regierungen entstanden seien.

Beide Seiten seien mit der vollsten Offenheit an die Erörterung dieser Fragen herangegangen. Sie konnten feststellen, daß ihre ständigen, in allen diplomatischen Unternehmungen zutage getretenen Bemühungen um die Sicherung des Friedens in einer Reihe von Staaten, die der Sache des Friedens zugetan seien, Unterstützung gefunden hätten. Dies werde durch ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Schaffung gegenseitiger Garantien bewiesen.

Gerade im Interesse der Friedenswahrung seien diese Staaten verpflichtet, die Mittel der Landesverteidigung nicht herabzumindern (!). Stalin habe sein volles Verständnis für die Bestrebungen jedes Landes ausgesprochen, einen Mißlingsstand zu erreichen, der den Notwendigkeiten seiner Sicherheit entspricht.

Die Vertreter der beiden Staaten haben andererseits

ihren Entschluß bekräftigt, die Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit nicht zu vernachlässigen, um mit der Hilfe aller solidarischen Regierungen eine Politik des Friedens und der Besserung der politischen Beziehungen zu fördern, die allein unter den Völkern das für die Entfaltung der materiellen und moralischen Belange der europäischen Kollektivität unerläßliche Vertrauen wieder herzustellen vermag.

Es wurde besonders anerkannt, daß der Abschluß des gegenseitigen Beistandsabkommens zwischen Sowjetrußland und Frankreich in keiner Weise die Bedeutung schmälert, die die unauflösbare Verwirklichung eines Regionalpaktens in Osteuropa biete, der die ursprünglich hierfür vorgesehenen Staaten auf der Grundlage von Verpflichtungen vereinigen würde, die auf den Nichtangriff, die Beratung und die Nichtunterstützung des Angreifers abzielten. Beide Regierungen werden sich mit vereinten Kräften zu diesem Zweck für die Ausgestaltung des geeigneten diplomatischen Verfahrens weiterhin einsetzen.

Indem die oben angeführten gemeinsamen Entschlüsse der Öffentlichkeit übergeben werden, erklärten die Vertreter der Sowjetunion und Frankreichs mit allem Verantwortungsbewußtsein, daß sie damit die sie verbindende Hingabe an das schöpferische Werk des Friedens demonstrieren, daß die Teilnahme keines Staates ausschließt und daß seine volle Verwirklichung lediglich bei ehrlicher Mitarbeit aller interessierten Länder finden könne.

Laval nach Warschau abgereift.

Moskau, 15. Mai. Der französische Außenminister Laval ist Mittwoch abend aus Moskau nach Warschau abgereift, wo er die französische Regierung während der Besetzung des Marschalls Pilsudski repräsentieren wird.

tern der Geistlichkeit umgeben. Dem Trauergefolge schritt als erster Staatspräsident Moscicki mit der Witwe des Verewigten und den nächsten Familienangehörigen, der Generalinspektor der Armee, der Ministerpräsident, sämtliche früheren Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit, das diplomatische Korps und unzählige Abordnungen der Armee und der Legionäre mit ihren Fahnen. Man schätzt die Zahl der Teilnehmer an der Ueberführung und die Zuschauer auf über 200 000 Personen. Gegen 9.30 Uhr setzte sich der Trauerzug auf der Hälfte des Weges vom Schloß Belvedere zur Kathedrale, wo der Leichnam des toten Marschalls 36 Stunden lang aufgebahrt bleiben wird.

Stillegung der Lodzer Fabriken und Handelsgeschäfte.

Die Lodzer Industrieverbände haben gestern auf einer gemeinsamen Konferenz beschlossen, zum Zeichen der Trauer und um den Arbeitern die Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten zu ermöglichen, die Fabriken am Freitag von 18 bis 19 Uhr und am Sonnabend von 10 bis 11 Uhr stillzulegen. Die Kaufmannsverbände haben beschlossen, die Läden am Freitag von 18 bis 19 Uhr und am Sonnabend von 10 bis 14 Uhr zu schließen.

Die „patriotischen“ Banken.

Es ergibt sich nun, daß die Investitionsanleihe, ebenso wie vor zwei Jahren die Nationalanleihe, von den werktätigen Schichten des Volkes, zum größten Teile, gedeckt wurde. Die privaten Geldinstitute, die Banken, haben insgesamt nur 4 Prozent der Anleihe gezeichnet.

Das ist der Patriotismus des Kapitals! An Reklame und sonstigen kostenlosen patriotischen Vorspiegelungen läßt man es nie fehlen. Wenn es aber ans Geld geht, zeigt man den wahren Sinn. So war es und so bleibt es!

Und dennoch Linksruck in Frankreich

Das Ergebnis der französischen Kommunalwahlen liegt nunmehr vor. Die französische Bevölkerung hat sich für den Linksruck entschieden, und die bürgerliche Presse aller Schattierungen kann nicht anders, als kleinlaut die- sen Erfolg der Linksparteien zugeben. Sie tut es mit schwerem Herzen, zumal die Sieger in diesem Wahlkampf die Kommunisten sind, die nunmehr in 91 Kommunen die Führung erlangten und im Verhältnis zu den letzten Wahlen etwa 43 Gemeinden eroberten. Dieser Erfolg ist zwar zum größten Teil auf die Linksparteien zu buchen, denn die internationalen Sozialisten verlieren 7 Gemeindegemeinschaften, die den Kommunisten zugute kommen; sie haben in 168 Gemeinden die Mehrheit. Die Neosozialisten haben ihre 15 Gemeindegemeinschaften behauptet, hingegen verlieren die sogenannten Republikanischen Sozialisten (Bürgerliche) 35 Gemeinden, von denen ein Teil wiederum den Kommunisten zugefallen ist. Rechnen wir die Radikalsozialen Herriots, die in 221 Gemeinden die Mehrheit haben, hinzu, so kann wohl kaum der Linksruck verschwiegen werden und es kann gesagt werden, daß in Frankreich die Faschisten und Frontler eine Niederlage erlitten haben. Das Haupt der Faschisten in Paris selbst ist von den Kommunisten geschlagen worden, die jetzt mit 3 Mandaten von früher einem und die Sozialisten mit 9 von früher 5 in die Pariser Stadtvertretung einziehen.

Wir sind weit davon entfernt, den Kommunalwahlen eine entscheidende Bedeutung beizumessen und glauben nicht, daß als Folge eine Veränderung in der Regierung eintreten wird. Aber die Wahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die breiten Massen einen radikalen Kurs wünschen, wie er sich bei der Stimmen- und Mandatszunahme der Kommunisten und Sozialisten offenbart. Freilich wird man die französischen Kommunisten nicht als hundertprozentige Moskowiter ansehen dürfen, denn der Franzose selbst ist Pazifist und Kleinbürger und sein Sozialismus und Kommunismus trägt sich mehr in dieser antimilitaristischen Stimmung aus, im Gegensatz zu den Frontlern und Faschisten und auch zu einem Teil der militaristischen Radikalsozialen Herriots. In Frankreich ist eben Sozialismus und die Bezeichnung Sozialist noch immer große Mode, in Erinnerung an die Revolutionen, besonders der von 1789, und nicht zuletzt durch die russisch-französische Freundschaft belebt worden. Die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialisten wirkte sich für beide Parteien günstig aus, wenn auch Differenzen auftraten. Das sind jedoch Kleinigkeiten, denn für das internationale Proletariat kommt es darauf an, daß nicht der Faschismus seine Position stärken konnte, sondern der Marxismus, gegen den die vereinigten bürgerlichen Parteien den Kampf führten und doch die Fahnen streichen mußten. Denn die Reaktionen wollten mit dem Marxismus abrechnen, wollten vor allem beweisen, daß die Freundschaft zwischen Paris und Moskau widernatürlich sei.

Es soll bei dieser Gelegenheit nicht verschwiegen werden, daß die Rechtsparteien gegenüber den Bürgerlichen in manchen Gemeinden Erfolge zu verzeichnen haben. Aber die reinen Faschisten haben nirgends nennenswerte Erfolge aufzuweisen, ein Beweis dafür, daß der 6. Februar 1934, an welchem sich die Faschisten von der Straße aus gegen Daladier die politische Macht holen wollten, eine Provokation war und daß der Aufmarsch der proletarischen Parteien in Paris am 12. Februar 1934 diese Absicht zunichte machte. Damals wurde die Grundlage zur Einheitsfront gelegt, und sie hat sich bei den letzten Wahlen bewährt. Wer von den beiden Parteien, Kommunisten oder Sozialisten, mehr Erfolge erzielt hat, mag hier nebenächlich erscheinen, denn wenn alle Annahmen nicht täuschen, drängt gerade Moskau in Frankreich auf eine Einigung der Sozialisten und Kommunisten, nicht zuletzt unter dem Eindruck des russisch-französischen Hilfsabkommens. Man mag zwar diese Einflüsse als etwas übertrieben ansehen, aber die faktische Auswirkung wird auch vom Zentralorgan der Kommunisten und leicht auch von den Sozialisten zugegeben.

Für das internationale Proletariat ist der Ausg...

Die Leiche Pilsudskis nach der Kathedrale überführt.

Der Zustrom zum Schloß Belvedere dauerte den ganzen Mittwoch über unermindert an. Militärabteilungen, Vertretungen von Verbänden und Vereinen, Abordnungen der Schuljugend, Vertreter aus allen Gegenden des Landes und schließlich die Bevölkerung der Hauptstadt zogen in ununterbrochener Reihe am Sarge vorbei, um dem Marschall Pilsudski die letzte Ehre zu erweisen.

Inzwischen sind tausende Hände damit beschäftigt, die Straßen, die der Trauerzug vom Belvedere zur Kathedrale durchziehen wird, mit Trauerschmuck zu versehen. Die Kathedrale von St. Johannes ist bis zu einer Höhe von 10 Metern mit schwarzem Tuch verhangen. Ueber dem Portal hängt eine riesige Nationalfahne mit dem Weissen Adler.

Am gestrigen Vormittag hielt im Belvedere Pfarrer Gawlina in Anwesenheit der Familie des Verstorbenen, der Mitglieder der Regierung und zahlreicher hoher Militärpersonen ein feierliches Totenamt. Zur gleichen Stunde wurde in Anwesenheit des Staatspräsidenten in der Kapelle des alten Königsschlosses eine Totenmesse gelesen.

Die Ueberführung der sterblichen Hülle des Marschalls Pilsudski vom Schloß Belvedere nach der Kathedrale begann gestern abend gegen 8 Uhr. Der Sarg wurde von Generalen der Armee auf eine Lafette gehoben, die von 6 Pferden gezogen wurde. Der riesige Trauerzug setzte sich unter dem Geläut sämtlicher Glocken in Bewegung. Die Spitze des Zuges, der sich durch ein Spalier von Truppenabteilungen und militärischen Organisationen langsam und feierlich vorwärts bewegte, bildete ein Pataillon Infanterie, eine Schwadron Kavallerie und eine Batterie Artillerie. Dann folgten 13 Träger der Orchester mit den zahlreichen Auszeichnungen des toten Marschalls. Die Lafette mit dem Sarg wurde von Vertre-

der Gemeindevahlen in Frankreich ein neuer Beweis, daß die Krise des Marxismus, um bei der bürgerlichen Wortspielerei zu bleiben, überwunden ist. Daß der Marxismus nicht mehr in der Defensiv-, sondern in der Offensivphase sich befindet. Man hat England nur als Beispiel hinnehmen wollen, Frankreich darf wohl Beweis sein, daß der Vormarsch des Marxismus andauert und in diesem Zusammenhang Danzig auch nur eine Etappe war. Darum anzuharren, das Volk wendet sich vom Nationalismus und Faschismus ab, der Sozialismus wird früher oder später Sieger sein.

Der Reichstag einberufen.

Hitler wird eine Erklärung abgeben.

Berlin, 15. Mai. Der Reichstag ist auf Dienstag, den 21. Mai, 8 Uhr abends, einberufen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Es steht fest, daß Reichskanzler Hitler die Erklärung abgeben wird. Eine Ansprache ist nicht vorgesehen.

Diese Reichstags-Sitzung ist erst die fünfte seit der Wahl des Reichstages am 12. November 1933, also seit fast zwei Jahren. Die bisherigen vier Sitzungen waren gleichfalls nur gewidmet: der Konstituierung des Reichstages, der Annahme des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches, der Trauerkundgebung für Hindenburg und der Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung, wobei in keiner der Sitzungen eine Ansprache der Abgeordneten stattfand. Die überaus kleine Zahl der Sitzungen und ihre Art, zeigen am deutlichsten den „Wert“ des Reichstages im Hitlerregime: der Reichstag dient nur als Ort für die Abgabe von Erklärungen der Reichsregierung, sonst werden ihm keine Rechte zugewilligt. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt jetzt, nach Hinzukommen von 8 Abgeordneten für das Saargebiet, die ernannt worden sind, 669 und alle diese nationalsozialistischen Abgeordneten (nur einige sind Deutschnationale) beziehen hohe Monatsgehälter, trotzdem sie keinerlei parlamentarische Tätigkeit entfalten.

Aufgedeckter Putschplan der estnischen Faschisten.

Reval, 15. Mai. Die estnische Regierung veröffentlicht eine Erklärung über die Aufdeckung eines Putschplanes, der in den letzten Monaten von dem aktivistischen Flügel der faschistischen Organisation „Freiheitskämpfer“ vorbereitet worden war. Nach den amtlichen Angaben sollen sich im Laufe des Winters in Reval und Dorpat unter der Führung des Hauptmanns a. D. Reha zwei Stoßtrupps gebildet haben, die einen bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Paets und die gewalttätige Beteiligung der führenden Männer dieser Regierung planten. Mit Hilfe eines Feldwebels sei es diesen Stoßtrupps gelungen, sich in Besitz von Handgranaten und zahlreichen Feuerwaffen zu setzen. Die Führer des Putsches sollen sogar die Anwendung von Giftgasen geplant haben.

Der Putschplan scheiterte schließlich daran, daß Mitglieder des gemäßigten Flügels von den Plänen der aktivistischen Gruppe Mitteilung machten.

Vorläufig befinden sich sechs Angehörige der Aktivisten-Gruppe in Haft. Die übrigen Beteiligten werden bis zur Verkündung des Gerichtsurteils auf freiem Fuß belassen.

Zum Ostafrika-Konflikt.

Rom, 14. Mai. Auf Grund der Verkaufbarkeiten, die für die Aufklärung des Zwischenfalls von Ualuala an der italienisch-äthiopischen Grenze getroffen wurden, wurden nunmehr die beiden italienischen Mitglieder des nach dem italienisch-äthiopischen Friedensvertrage vom Jahr 1928 vorgesehenen Schlichtungsausschusses ernannt. Es handelt sich um Vizepräsidenten Ubrovandi Mareseotti und Staatsrat Montana.

Anlageerhebung im Falle Stabli.

20 Angeklagte.

Paris, 14. Mai. Die Anklagekammer hat nunmehr den endgültigen Beschluß über die Anlageerhebung im Falle Stabli gefaßt. Nach Abschluß der Voruntersuchung hatte der Untersuchungsrichter 19 Angeklagte von 21 dem Schwurgericht überantwortet. Die Anklagekammer hat den Beschluß hinsichtlich der 19 Anlageerhebungen bestätigt und auch noch den 20. Angeklagten dem Schwurgericht überantwortet und nur für den 21. die Niederschlagung des Verfahrens gutgeheißen. Es werden sich somit 20 Personen wegen Fälschung, Benutzung gefälschter Dokumente, Betrugs und Beihilfe zu verantworten haben. Man glaubt nicht, daß der Prozeß vor Oktober dieses Jahres zur Verhandlung kommt.

Roosevelt wünscht Währungsstabilisierung

Washington, 15. Mai. Der Staatssekretär der Finanzen Morgenthau hielt im Rundfunk eine Rede, in der er die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zum Abschluß eines Währungsstabilisierungsabkommens erklärte. Dazu verkündet, daß dies mehr als eine theoretische Proklamation sei, sondern daß Roosevelt eine Stabilisierung der amerikanischen Währung noch vor der neuen Präsidentenwahl wünscht, um seine Wiederwahl zu erleichtern.

Rüstungsforderung im englischen Oberhaus.

Ein Antrag auf gemeinsame Leistung für alle Waffengattungen abgelehnt.

London, 15. Mai. In der heutigen Sitzung des Oberhauses brachte Lord Mottistone von der liberalen Opposition einen Antrag ein, nach dem Muster anderer Länder ein besonderes Wehrministerium für alle Waffengattungen zu schaffen, wodurch die gesamte Waffengattung England in die Hand des Wehrministers zusammengefaßt werden würde. Das Oberhaus sprach sich jedoch in der Mehrheit gegen diesen Antrag aus, der dann auch abgelehnt wurde.

Lord Mottistone führte zur Begründung seines Antrages aus, Englands Stellung in der Welt verlange die Durchführung eines großzügigen Planes. Die Zusammenarbeit sei notwendig, besonders wenn man sich der Schwierigkeiten erinnere, die vor dem Kriege zwischen dem Kriegsmarine und der Admiralität oft so akut gewesen seien, daß das Land darunter schwer gelitten habe. Die Ernennung eines besonderen Wehrministers würde alle diese Schwierigkeiten mit einem Schlage beseitigen. Die Herstellung von Kriegsmaterial und die Aufbarmachung der industriellen Hilfsquellen habe in anderen Ländern einen erstaunlichen und fast ungläublichen Grad erreicht. Er wolle kein Land mit Namen nennen, aber Tatsache sei, daß Englands Nachbarn eine Kriegsmaterialkapazität hätten, die achtmal größer als die englische sei.

Lord Strachey unterstützte hierauf für die oppositionelle Arbeiterpartei den Antrag des Vorredners.

Der Kriegsminister Lord Halifax erklärte den Vorschlag Lord Mottistones für völlig unannehmbar. Die einzige maßgebende Körperschaft, die über die Entwicklung der englischen Verteidigung zu entscheiden habe, sei das Kabinett. Ähnliche Vorschläge wie derjenige Lord Hamiltons seien seit dem Ende des Weltkrieges schon öfter gemacht worden, aber stets unter den Tisch gefallen. Die jetzige Organisation der englischen Verteidigung stelle eine ganz ausgezeichnete Organisation der drei Waffengattungen Armee, Flotte und Luftstreitkräfte dar. Erst kürzlich habe die Regierung beschlossen, einen ständigen Präsidenten des sogenannten Belieferungsausschusses einzusetzen, dem die dauernde Behandlung des sehr wichtigen Problems der industriellen Expansion obliegt. In ganzem gebe es rund 40 bis 50 Ausschüsse und Unterausschüsse für die verschiedenen Zweige der Kriegsvorbereitung und für

die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Waffengattungen.

Der Kriegsminister teilte dann dem gespannt aufhorchenden Hause mit, daß er soeben von einer Sitzung des Ausschusses für chemische Kriegsführung komme, in dem wohl die fähigsten Wissenschaftler vertreten seien. Zur Zeit habe man soeben das Problem der Gasmasken erörtert. Sehr gute Fortschritte würden in den Vorarbeiten zur Herstellung einer guten Gasmaske zu mäßigem Preise erzielt. Die Besprechungen ergaben, daß in erster Linie die Streitkräfte und dann die große Masse der Bevölkerung mit Gasmasken ausgerüstet werden kann, wenn sich die Notwendigkeit tatsächlich ergebe.

Nach dem Kriegsminister erhob sich im Oberhaus unter allgemeiner Spannung der bekannte englische Lord Rothermere (Konservativ), der erst vor kurzem zum erstenmal seinen Platz im Oberhaus eingenommen hatte. Er sagte, daß England heute vor der Möglichkeit der schrecklichsten Gefahr in der ganzen englischen Geschichte stehe. Die Entwicklung des Bombenflugzeugs könne das ganze Gesicht Europas stark verändern. England habe die Armada geschlagen und die Ueberfallsversuche Napoleons vereitelt: aber es sei unbekannt, wie ein Luftüberfall wirkungsvoll abgewehrt werden kann. Lord Rothermere unterstützte den Vorschlag Lord Mottistones und erklärte, daß die machtvolle Persönlichkeit eines obersten Kriegsführers sehr nützlich für England wäre. Rothermere begründete hierauf die englische Aufrüstung mit den Hinweisen auf die deutsche Gefahr, die sich in einem geradezu phantastischem Licht darstelle. Die Zahl der Bombenflugzeuge, die Deutschland besitze, gab er mit nicht weniger als 10 000 an. Das sei eine „schauerliche Gefahr“, und seiner Ansicht nach könne ihr nur begegnet werden, indem England jedem eventuellen Feindstaat wissen lasse, daß es mit gleicher Münze herausgeben könne. Rothermere sagte schließlich, daß England vielleicht 100 Millionen Pfund jährlich für seine Luftausrüstung ausgeben müsse.

Zum Schluß führte Lord Rothermere Klage, daß sein großer Pressefeldzug für die englische Luftausrüstung bisher nur so geringen Erfolg in England gehabt habe. Diese Frage müßte nicht nur im englischen Oberhaus, sondern im ganzen Land erhoben werden.

Nach der bereits mitgeteilten Abstimmung wurde die Ansprache abgeschlossen.

Einiges über die „Wahl“-Bestimmungen.

Das Ableben des Marschalls Bilsudski hat keine nennenswerte Unterbrechung der Beratungen über die neuen Wahlgesetze gebracht. Es wird weiter beraten, um noch im laufenden Monat die Gesetze unter Dach zu bringen. Wir haben nicht einen Augenblick gegneißelt, daß der Tod des Marschalls hier Änderungen bringen wird, da die Vertagung der Beratungen von den Gegnern des Systems als eine Schwäche betrachtet werden könnte.

Wie das neue Wahlgesetz für den Sejm sich auswirken soll, illustriert folgendes Beispiel:

Warschau ist z. B. in 6 Wahlbezirke eingeteilt, die je zwei Kandidaten für den Sejm stellen sollen. In jedem dieser Bezirke wird eine Wahlkommission aus 614 Mitgliedern bestehen, die die Kandidaten aufstellen soll. Diese Wahlkommissionen werden sich aus folgenden Gruppen zusammensetzen: 244 Vertreter des Stadtrats, 58 Vertreter der Industrie- und Handelskammer, 36 Vertreter der Handwerkerkammer, 36 Vertreter der Verbände der freien Berufe, 16 Vertreter der Hochschulen, 120 der Berufsverbände der Geistesarbeiter, 90 der Verbände der Staatsbeamten und 14 der Berufsverbände der Arbeiter. Bei dieser Sachlage würde die Opposition nur dann einen Kandidaten aufstellen können, wenn sie mindestens ein Viertel Stimmen der Mitglieder des Wahlkomitees erhalten wird, was aber nicht eintreten dürfte. Was die jüdische Bevölkerung Warschaws betrifft, so wird sie nur einen Kandidaten aufstellen können.

Wjo unter 614 Mitgliedern der Wahlkommission würden die Berufsverbände der Arbeiter nur 14 Mitglieder haben, wobei man noch nicht weiß, welche Berufsverbände das sein werden. Klar ist aber, daß die Berufsverbände, die Vertreter des größten Teiles der Warschauer Bevölkerung, nicht die Möglichkeit haben werden, auch nur einen Kandidaten zur Wahl zu bringen, denn dazu wären ein Viertel der Stimmen der Mitglieder der Wahlkommission, also 155 Stimmen, notwendig. Die Hauptstadt ohne einen Kandidaten der Arbeiterschaft bei den Sejmwahlen, das sagt genug!

Auch in bürgerlichen Kreisen werden Vorbehalte gegen die Einteilung in Wahlbezirke laut. Warschau soll 6 Bezirke, Lodz 3, Lemberg, Kralau, Wilna und Posen je 2 Wahlbezirke erhalten. Andere Städte werden mit Landkreisen vereinigt. Auf die Warschauer Wojewodschaft entfallen 8, die Lodzer 6, Kieler 9, Lubliner 7, Lemberger 8, Kralauer 6, Larnopoler 5, Stanislawower 4, schlesische 4, Posener 6, Pommereller 4, Bialystoker 5, Nowogrodsker 2, Wilnaer 4 und auf Polesie 3 Wahlbezirke. Ungefähr 330 000 Einwohner entfallen auf einen Wahlbezirk. Im übrigen herrscht über die endgültige Einteilung der Wahlkreise noch tiefes Geheimnis. Es kann sich da noch vieles zeigen, z. B. eine ausgeklügelte Wahlgeometrie bei der Festlegung der Wahlbezirke.

In Arbeiter- und Bauernkreisen herrscht jetzt schon die Meinung vor, an den Wahlen keinen Anteil zu nehmen, und sollten die Wahlgesetze in endgültiger Fassung den Entwürfen des Regierungsblocks auch nur ähnlich sein, so wird sich diese Meinung vertiefen. Und hier möchten wir vor frühzeitigen Entschlüssen warnen. Die Taktik der Wahlenthaltung ist nicht neu, sie fand aber stets Anhänger und Gegner im Arbeiterlager. Wir erinnern an den Boykott der Wahlen zur ersten Reichsduma, die von den Sozialisten herausgegeben wurde, aber schon bei den Wahlen zur zweiten Reichsduma wurde die Taktik geändert. Wahlenthaltung ist nicht das einzige Mittel des Protestes gegen nicht erwünschte Wahlgesetze, darum wäre es verfehlt, schon jetzt durch eine Wahlenthaltungspropaganda den Weg zu anderen Formen des Wahlkampfes zu verlegen.

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein wirkliches allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht mit Listenwahl, wie wir es hatten, allein als gerecht betrachtet werden kann. Und dazu verlangen wir die Verhältniswahl mit dem Grundsatz: das ganze Land ein Wahlkreis. Wohl sieht die neue Verfassung die Verhältniswahl nicht vor, doch schließt sie sie nicht aus. Da aber nicht zu erwarten ist, daß die Sanacja, die durch die neue Verfassung und die Wahlgesetze die seit 1926 geschaffene Situation sichern will, auf unsere gerechten Wünsche eingehen wird, so wird schon in der nächsten Zeit die Frage der Stellungnahme zur Wahlaktion klar beantwortet werden müssen.

Die Deutschbürgerlichen scheinen sich mit dem neuen Wahlgesetz abgefunden zu haben. So schreibt das „Posener Tageblatt“: „Wir Deutschen sind uns bewußt, daß wir unter der neuen Wahlordnung aus eigenen Kräften keinen einzigen Abgeordneten mehr werden in den Sejm und in den Senat entsenden können und daß lediglich die Einsicht der Regierung dem Deutschum eine Vertretung in den Parlamenten geben kann. Dazu allerdings ist es notwendig, daß die Regierung mit den berufenen Vertretungen der deutschen Volksgemeinschaft Fühlung erhält, um den etwaigen Repräsentanten des Deutschums das Vertrauen und die Legitimierung ihrer Volksgenossen zu sichern, wenn sie überhaupt ihrer Aufgabe gerecht werden sollen.“

Die Regierung wird vielleicht so einsichtsvoll sein, um den Deutschen auf irgendeinem Wege eine formale Vertretung im Sejm oder Senat zu geben. Wer aber die „berufenen“ Vertreter der deutschen Volksgemeinschaft sein werden, wird die Regierung auch selbst entscheiden. Die deutschen Werktätigen wollen solche Gnadengeschenke nicht, sie werden mit allen Werktätigen des Landes ihren eigenen Weg gehen. Ein „berufenen“ Vertreter wird von uns niemals als Vertreter der deutschen Werktätigen betrachtet werden können.

